

**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Federführender Fachbereich Stadtgrün	Drucksachen-Nr. 644/2006	
<input checked="" type="checkbox"/> Öffentlich		
<input type="checkbox"/> Nichtöffentlich		
Beschlussvorlage		
Beratungsfolge ▼	Sitzungsdatum	Art der Behandlung (Beratung, Entscheidung)
Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr	10.01.2007	Beratung

Tagesordnungspunkt A 9

**Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Stadtgrün Bergisch Gladbach" für das Wirtschaftsjahr 2007;
hier: Beratung der investiven Maßnahmen des Vermögensplanes**

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr berät vorab die investiven Maßnahmen des Vermögensplanes der Einrichtung „Stadtgrün“ für das Wirtschaftsjahr 2007, um eine frühzeitige Einbindung der Aufsichtsbehörde im Haushaltsplangenehmigungsverfahren zu den Investitionsprioritäten zu gewährleisten.

Bitte bringen Sie daher die in der Ratssitzung am 26.10.2006 eingebrachten Anlagen zum Entwurf der Haushaltssatzung mit dem darin enthaltenen Wirtschaftsplanentwurf zur Beratung mit.

Sofern sich Anregungen im Rahmen der Auswertungen zum Bürgerhaushalt 2007 ergaben, wurden diese in der Vorlage berücksichtigt.

Die abschließende und vollständige Beratung des Wirtschaftsplanes erfolgt unter Einbeziehung der Ergebnisse dieser Beratung am 06.02.2007, so dass eine Beschlussfassung im Rat am 01.03.2007 gewährleistet ist. Die übrigen Anregungen zum Bürgerhaushalt 2007, die den Erfolgsplan betreffen oder allgemeiner Natur sind, werden ebenfalls in der Vorlage zur Beratung am 06.02.2007 berücksichtigt.

Sachdarstellung / Begründung:

@->

1. Veränderungen der investiven Maßnahmen des Vermögensplanes im Vergleich zum Wirtschaftsplanentwurf

Im Vergleich zur Fassung des Wirtschaftsplanentwurfes vom 26.10.2006 haben sich keine Änderungen ergeben.

2. Anregungen zum Bürgerhaushalt 2007

Der Wirtschaftsplan der Einrichtung „Stadtgrün“ ist von den nachfolgenden Vorschlägen betroffen:

a) Dokumentation zum Bürgerhaushalt, Seite 29:

Bürgervorschlag:

„Reduzierung der Grünflächenpflege: Rückbau Grünflächen - Einsparziel 1,2 Mio. € „

Bezug im Wirtschaftsplan: Seite 195

„Allgemeine Vorhaben Grünflächen“

Ein Rückbau von Grünflächen ist sinnvoll, wenn diese Flächen zukünftig auch einer anderen Nutzung zugeführt werden, da auch extensive Grünflächen oder selbst Brachen Unterhaltung erfordern (z.B. im Rahmen der Verkehrssicherung). Zudem muss für einen Rückbau je nach Ausbaustandort mit Kosten von ca. 10 bis 30 € je m² gerechnet werden; es sind Investitionen erforderlich, um Investitionen zu beseitigen.

Für den Rückbau der Grünanlage Deutscher Platz/Hindenburgplatz, der mit dem integrierten Spielplatz eine Fläche von 7.024 m² aufweist, wäre bei einem kalkulierten Rückbaupreis von 25 €/m² z.B. ein Betrag in Höhe von 175.600 € aufzuwenden. Diese Summe liegt um mehr als das Dreifache über den lt. Wirtschaftsplan 2007 vorgesehenen Gesamtinvestitionen (50.000 €) für Maßnahmen außerhalb des Bestattungswesens. Selbst bei Akzeptanz des Verlustes von Grün/bzw. Spielflächen ist alleine aufgrund fehlender Investitionsmittel ein Rückbau nicht realisierbar.

StadtGrün hat jedoch im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes verschiedene kleinere Grünflächen zum Verkauf freigegeben (zus. ca. 8.600 m²). In diesem Falle würden Rückbaukosten entfallen, da diese der Käufer tragen würde. Diese Grundstücke befinden sich in der Vermarktung durch den FB 8.

b) Dokumentation zum Bürgerhaushalt, Seite 29:

Bürgervorschläge zum Fuhrpark:

„Prüfung auf Zweckmäßigkeit u. Wirtschaftlichkeit“

„kleinstmögliche Fahrzeuge einsetzen“

Bezug im Wirtschaftsplan: Seite 195, I 40158004

Kraftfahrzeuge Grünflächen

Aufgrund der Bedarfsabstimmung zwischen Meister und Betriebsleiter werden Fahrzeuganschaffungen im Rahmen der Aufstellung des Wirtschaftsplanes vom Eigenbetrieb angemeldet. Vor dem Vergabeverfahren erfolgt eine Überprüfung durch den Fachbereichscontroller. Unter Einbeziehung des Werkstattmeisters werden anhand einer Checkliste Nutzungsdauer, Auslastung, Reparaturkos-

ten und Anschaffungsalternativen geprüft und fließen in eine schriftliche Stellungnahme ein. Diese dient der Fachbereichsleitung als Entscheidungshilfe zur Neu- bzw. Ersatzbeschaffung (Art, Größe, Ausstattung, Zeitpunkt).

Betriebswirtschaftliche Auswertungen im Rahmen der Kostenrechnung werden z.Zt. nicht vorgenommen, sind aber mit Ausbau des Controllingystems und Ergänzung der Fuhrparksoftware geplant.

c) Dokumentation zum Bürgerhaushalt, Seite 39

Bürgervorschlag:

„Längere Nutzungsdauer von Gebäuden und Sachgegenständen“

Bezug im Wirtschaftsplan: Seite 195 – 196

Mittelverwendung insgesamt

Die Investitionstätigkeit wird durch die derzeitige Haushaltslage und den damit verbundenen rechtlichen Auflagen ohnehin äußerst restriktiv gehandhabt, so dass in vielen Fällen - gerade bei den beweglichen Anlagegütern - eine Nutzung weit über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer erfolgt.

Es ist jedoch zu beachten, dass somit zwar investive Ausgaben vermieden werden, aber zum einen erhöhte, direkt aufwandswirksame Folgekosten durch erhöhten Unterhaltungs-/Reparaturaufwand entstehen können, zum anderen die Wirtschaftsgüter nicht mehr dem aktuellen technischen Stand entsprechen und so Unwirtschaftlichkeiten entstehen können.